

Ausgangspunkt der Diskussion war die Feststellung, dass die Grundschulen in Neustadt-Neuschönefeld und Volkmarsdorf vor besonderen Herausforderungen stehen. In einem Stadtteil mit einer hohen Dichte sozialer und ökonomischer Benachteiligung, vielfältigen kulturellen Hintergründen, unterschiedlichen sprachlichen Voraussetzungen und Migrations- und Fluchterfahrungen sollen sie angemessene Bildung anbieten. Einige Eltern befürchten, dass ihre Kinder hier schlechtere Bildungschancen erhalten. Sie fragen sich, ob sie ihre Kinder guten Gewissens auf die Schulen in der Nachbarschaft schicken können. Zudem können Akteur*innen und Bildungsangebote im Umfeld das Lernen in den Schulen unterstützen. Eine engere Zusammenarbeit ist bislang aber noch erschwert.

Mit unseren Gesprächspartner*innen Vicki Felthaus, Beigeordnete für Jugend, Schule und Demokratie der Stadt Leipzig, Nancy Kallenbach, Schulleiterin der August-Bebel-Schule, Azim Semizoğlu, Haus der sozialen Vielfalt e.V., und Hannah Ewald, Leiterin des Kinderchors “Die bunten Tauben” haben Teilnehmer*innen aus Schulen, Elternschaft und Verwaltung und von verschiedenen Bildungsorten, Beratungsangeboten und Stadtteilinitiativen diskutiert, wie die Bildungs- und Teilhabechancen für alle Grundschüler*innen verbessert werden können.

Die Gesprächsinhalte lassen sich wie folgt zusammenfassen.

A – Handlungsmöglichkeiten für die Grundschulen

Zu Beginn der Diskussion sammelten die Gesprächspartner*innen **Kriterien eines gerechten Bildungssystems** : In diesem sollen Kinder Werkzeuge erhalten, mit denen sie ihr eigenes Potenzial entfalten, ihren Platz in der Gesellschaft finden und in der Gesellschaft etwas beitragen können. Schule soll längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder ermöglichen und ein Ort der Gemeinschaft und Vernetzung im Stadtteil sein. Vorhandene Ressourcen sollen bedarfsgerecht verteilt werden und die Ressourcen sollen erhöht werden.

Am Beispiel der August-Bebel-Schule beschrieb Schulleiterin Nancy Kallenbach **Voraussetzungen für einen gelingenden Umgang mit Herausforderungen**. Sie versucht, ein positives Grundgefühl beim Umgang miteinander vorzuleben und zu vermitteln, bei den Lehrer*innen, Kindern und Eltern ebenso wie bei Anfragen von außen. Es braucht Unterstützung bei der Bewältigung der Herausforderungen. Diese erhält man, wenn man Offenheit signalisiert und auf die Akteur*innen im Stadtteil zugeht. Aus den Kontakten entstehen hilfreiche Ideen teilweise von selbst. Das Netzwerken kostet jedoch auch Energie und Zeit.

Welche Unterstützung brauchen Lehrer*innen und Horterzieher*innen, um auf Herausforderungen im Schulalltag reagieren zu können und unter welchen Umständen nehmen Grundschulen **externe Beratungs- und Unterstützungsangebote** an? Azim Semizoğlu vom Haus der Sozialen Vielfalt schilderte, dass die Reaktionen von Grundschulen auf Workshop- und Beratungsangebote im Themenbereich anti-muslimischer Rassismus und Demokratieförderung aufgrund fehlender Ressourcen und Zeit teilweise verhalten ausfallen. Die Zusammenarbeit mit Schulen funktioniert in jedem Fall dann besonders gut, wenn die Anbieter*innen eine*n Lehrer*in persönlich gut kennen. Mitarbeiter*innen des Haus SoVi werden auch in Konfliktfällen beratend hinzugezogen. Aufgrund der eigenen Migrationsbiographie finden sie leichter einen sprachlich-kulturellen Zugang zu den Familien.

Beigeordnete Vicki Felthaus erläuterte die **Unterstützung von Schulen bei ihren spezifischen Herausforderungen und bei der Entwicklung als offene Orte im Quartier** durch das Dezernat für Jugend, Schule und Demokratie der Stadt Leipzig mit zusätzlichen Ressourcen und Maßnahmen.

Der grundlegend notwendige Baustein **Schulsozialarbeit** wird bereits an allen drei Schulstandorten angeboten.

Erfahrungen und Bedürfnisse der Eltern besser in der Schule einzubeziehen, erfordere weitere Anstrengungen der Elternarbeit. Für eine stärkere Teilhabe fehle vielen Eltern die Zeit. Ein weiterer Schritt sei das Modellprojekt **Schul-Familienzentrum**, an dem u.a. die August-Bebel-Schule teilnimmt. Dabei werden zusätzliche Personalmittel bereitgestellt, um z.B. Eltern das Schulsystem und schulische Abläufe verständlich zu machen und Beteiligung zu ermöglichen. Bisher konnten über Elterncafés als Angebot der Schulsozialarbeit oder thematische Elternabende nur ein kleiner Teil der Eltern erreicht werden. Azim Semizoğlu ergänzte, dass es wichtig ist, proaktiv auf migrantische Eltern zuzugehen. Sie haben häufig ein hohes Interesse am schulischen Erfolg ihrer Kinder. Ihre Themen sind u.a. die Sorge, dass Lehrer*innen denken, sie können ihren Kindern weniger zumuten oder die Frage, welche weiterführende Schule für das Kind in Frage kommt. Manche Kinder machen ihre ersten Diskriminierungserfahrungen in der Grundschule. Um Eltern zu diesen Themen zu erreichen, sollten Vermittler*innen eingesetzt werden, die sich mit den verschiedenen Netzwerken und Realitäten im Stadtteil auskennen. Die Stadt Leipzig bestärkt die Öffnung der Schulen ins Quartier über die Initiative

zur **Öffnung der Schulhöfe und Schulgebäude**. Voraussetzung ist die **Grundeinstellung**, dass eine Schule nicht nur für den schulischen Unterricht genutzt werden sollte, sondern eine Funktion als Begegnungs- und Aufenthaltsort im Stadtteil hat. Räume an Vereine zu vermieten macht durchaus Mühe, birgt jedoch einen großen Mehrwert. Das gelingt, wenn man versucht zusammenzuarbeiten und gemeinsam Probleme klärt. Wesentliche Hürden werden seitens der Stadt aus dem Weg geräumt. Insbesondere beim späteren Abschließen der Tore und Gebäude und im Fall von Vandalismus erhalten die Schulen Unterstützung durch beauftragte Personen und die Stadtreinigung. Nachdem einige Schulen vorangegangen sind, fragen immer mehr Elternvertreter*innen, Schüler*innen oder Stadtteilakteur*innen, wie auch ihre Schulen sich öffnen und Freiräume für die Anwohner*innen schaffen können. Die erste Quartiersschule in Leipzig in der Ihmelsstraße veranschaulicht, wie eine Öffnung und die Zusammenarbeit mit weiteren Einrichtungen und Akteur*innen funktionieren kann.

Die Arbeit an der Schulentwicklung und die Nutzung der beschriebenen Möglichkeiten hängt vom Engagement und den Ressourcen der Schulleitung und vom Heranholen weiterer Unterstützung ab. An der August-Bebel-Schule entlastet eine Schulverwaltungsassistentin die Schulleiterin bei den vielen kleinen bürokratischen und koordinierenden Aufgaben. Ohne diese Hilfe bliebe keine Zeit, über eine gute Schulentwicklung nachzudenken. Darüber hinaus gibt es eine weitere Stelle Schulassistentin sowie eine Sprach- und Integrationsmittlerin. Die zusätzlichen Kräfte sind so ausgewählt, dass für möglichst verschiedene Sprachen in Elternabenden und bei der Zusammenarbeit mit den Eltern gedolmetscht werden kann.

B – Lage an der Wilhelm-Wander-Schule

Im weiteren Verlauf der Diskussion stand die Wilhelm-Wander-Schule im Mittelpunkt. Nach Erfahrung von Teilnehmer*innen werden von der Schule die beschriebenen Möglichkeiten zu wenig genutzt, die Außenwirkung der Schule ist negativ und es fehlt die Haltung, Verbesserungen aktiv anzustreben. Zur Sprache kamen folgende Problemlagen:

Nutzung von Räumen durch Akteur*innen aus dem Stadtteil am Beispiel des Kinderchors „Bunte Tauben“: Um Kinder im Grundschulalter für den interkulturellen und partizipativen Kinderchor gewinnen zu können, fragte Leiterin Hannah Ewald die Schule für eine Zusammenarbeit an. Nachdem ein eigener Schulchor an der Schule nicht ins Leben gerufen werden konnte, konnte das Angebot in den Klassen vorgestellt und beworben werden. Da der Chor einen großen Gruppenraum benötigt, der in der Nähe der Schule anderweitig nicht verfügbar ist, wurde die Nutzung der Aula angefragt. Dies wurde jedoch nur innerhalb der Schließzeit der Schule (bis 16:30 Uhr) gestattet. Um

schulübergreifend arbeiten zu können, müsste die Chorarbeit jedoch erst später am Nachmittag stattfinden. Obwohl das Amt für Gebäudemanagement eine spätere Schließung durch externe Kräfte ermöglichen würde, wurde dies bislang ohne weitere Begründung von der Schulleitung abgelehnt. In der Runde wurde empfohlen, dass das Amt für Gebäudemanagement und die Schulleitung die offenen Fragen nochmals gemeinsam diskutieren. An anderen Schulen wurden auch Lösungen gefunden.

Die **Öffnung des Schulgeländes** ist kein Thema. Der viele Jahre frei zugängliche Fußballplatz wurde zuletzt durch einen Zaun geschlossen. Dadurch verschwindet ein wertvoller Raum für Kinder und Erwachsene in der Nachbarschaft. Damit wird ein negatives Signal ausgesendet.

Die Außenwirkung führt zur Abwendung von der Schule und verstärkt soziale Segregation. Teilnehmer*innen führen an, dass in verschiedenen Communities die Wahrnehmung besteht, dass Kinder lieber nicht an diese Schule gehen sollten. Dies sei auf die Probleme zurückzuführen, die Eltern von Kindern, die bereits die Schule besuchen, beschreiben. Zudem gibt es vielfach Berichte, dass Eltern im Erstgespräch mit der Schulleitung das Signal bekommen, dass ihr Kind an dieser „schwierigen“ Schule nicht gut aufgehoben wäre. Diese Situation führt dazu, dass Eltern verunsichert sind, eine Anmeldung an Privatschulen vorziehen, obwohl sie eigentlich eine öffentliche Schule bevorzugen, oder gar aus dem Stadtteil wegziehen. An der Schule verbleiben damit eher die Familien, die sich im Schulsystem nicht auskennen.

Die grundsätzliche Haltung an der Schule konzentriert sich auf Nichtmachbarkeit. Nach Erfahrung von Eltern und Elternvertreter*innen werden in der Schule viele Handlungsmöglichkeiten diskutiert, wie eine Verbesserung erreicht werden könnte. Diese werden jedoch von der Leitung kaum wahrgenommen. Die Schule erscheint als Zumutung, die verwaltet werden muss. Immer wieder werden Initiativen abgewehrt. So sei z.B. die Errichtung von Trinkbrunnen abgelehnt, da diese von Kindern wieder zerstört würden. Die langjährige Erfahrung von Nichtmachbarkeit führt dazu, dass viele Beteiligte nicht mehr an Veränderung glauben.

Hohe Fluktuation bei den Lehrer*innen. Nach Aussagen von Eltern gibt es an der Schule viele kompetente und engagierte Lehrer*innen. Nicht wenige verlassen die Schule jedoch wieder, nicht weil die Schüler*innen zu anstrengend wären, sondern weil es keinen Rückhalt und keinen Gestaltungswillen angesichts der besonderen Herausforderungen an der Schule gibt. Es wurde berichtet, dass eine Lehrerin zum Abschied geschrieben hat, dass die Kinder und die Eltern nicht der Grund für ihr Fortgehen gewesen seien und die Arbeit mit ihnen sich immer wieder lohnen würde.

Die Runde teilte schließlich das Bestreben, konkrete Schritte zur Verbesserung der Situation anzugehen. Es wurde von verschiedenen Seiten die Einstellung

von Assistenzkräften vorgeschlagen. Voraussetzung ist jedoch der Wille, etwas zu verbessern und die Situation proaktiv zu gestalten. Dafür sei eine Problemanalyse und mehr Beteiligung von Lehrer*innen, Elternvertreter*innen und Kindern notwendig sowie ein Dialogprozess innerhalb der Schule und mit dem Landesamt für Schule und Bildung und der Stadtverwaltung.

C – Weitere Themen

Die Voraussetzungen für den Ausbau von **Ganztagsangeboten (GTA)** sollten verbessert werden. Der Direktor des Gymnasiums in der Quartiersschule erläuterte, dass aufgrund des Lehrkräftemangels das GTA-Budget teilweise für die Unterrichtsabdeckung über studentische Kräfte aufgebraucht wird muss. Für die Einführung z.B. von Medienkompetenzangeboten oder einer übergangsweisen Nachmittagsbetreuung für Schüler*innen der 5. Klassen fehlt das Geld. Lehrer*innenstunden dürfen aufgrund des Lehrermangels nicht für GTA aufgewendet werden. Eltern können den Bedarf nicht kompensieren. Das **Fachkräfteproblem** führt zu Unterrichts- und Betreuungsausfall und lastet schwer auf den Schulen.

Die Personalpolitik soll stärker auf die **Einstellung von Menschen mit Migrationsgeschichte** ausgerichtet werden. Dies umfasst Ermutigung, Beratung und Netzwerkarbeit. Hindernisse bestehen jedoch durch die fehlende Anerkennung ausländischer Abschlüsse oder die formalen Voraussetzung von Belegen, die nur langwierig zu beschaffen sind. Während Fachkräfte aus der Ukraine aufgrund der Sonderregelungen leicht eingestellt werden konnten und zeigen, dass Sprachlernen berufsbegleitend funktioniert, können Fachkräfte, z.B. aus Syrien, seit vielen Jahren nicht oder nur als Assistenzkräfte eingestellt werden. Eingestellt werden könnten jedoch auch immer mehr gut ausgebildete jungen Menschen mit Migrationsgeschichte, die Deutsch als Muttersprache sprechen. Attraktiv sind für sie Einrichtungen, deren bestehendes Personal nicht nur weiß-deutsch ist.

Für die Zusammenarbeit mit Stadtteilakteur*innen und Engagierten fehlt ein **Qualitätsrahmen** und **Qualifizierungsmöglichkeiten**.

Der **Begriff „Brennpunkt“** führt zur Stigmatisierung und verstärkt die Skepsis der Eltern. Es ist besser von Schwerpunkträumen für besondere Bedarfe zu sprechen.